

SPD – Fraktion  
HH-Rede 19.11.2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hesky,  
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Dürr,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Priebe,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben nun den zweiten Haushalt in doppischer Form vorliegen. Immer noch gewöhnungsbedürftig. Dank an alle, die dieses Werk aufgestellt haben, dies gilt vor allem für Herrn Hähnle und seine gesamte Mannschaft, die damit befasst war.

Es sind jetzt doch einige Erläuterungen eingefügt worden, die uns einen besseren Durchblick ermöglichen.

Der Haushalt ist so aufgestellt, dass er genehmigungsfähig ist.

Und das bei hohen Personalkosten und hohen Investitionen.

Wir können feststellen, dass wir es uns leisten können, die notwendigen Investitionen zur Erhaltung unserer Infrastruktur zu erbringen. Dies gilt vor allem für die städtischen Gebäude, Kindertagesstätten, Schulen, Sportstätten, aber auch für den Bereich Abwasser, der ja über den Eigenbetrieb dargestellt ist, und für die Bereiche Energieversorgung, Wasser und Bäder, die wir über unsere Stadtwerke organisieren.

Man darf durchaus darauf hinweisen, dass die Investitionstätigkeit der Stadt enorm ist und davon auch Handwerk und Gewerbe profitieren. Wir tragen also in erheblichem Maße zu Beschäftigung und Wohlstand in der Region bei.

Und wir können dies auch bei einem verträglichen Schuldenstand finanzieren.

Dabei könnte die heutige Niedrigzinsphase dazu verleiten, die Ausgaben in die Höhe zu schrauben. Dies wollen wir nicht, weil auch Investitionen Folgekosten und Erhaltungsaufwand nach sich ziehen, die künftig erwirtschaftet und finanziert werden müssen. Auch insoweit sehen wir den Haushalt solide aufgestellt.

Ich erlaube mir den Hinweis, dass mir der Schuldenstand beim Eigenbetrieb Stadtentwässerung nicht gefällt. Es handelt sich dabei zwar um sog. „rentierliche Schulden“, also um Aufwendungen, die über die Einnahmen wieder hereingeholt werden können. So kann man natürlich einen Betrieb führen, ohne dass Probleme entstehen. Aber man sollte nicht aus dem Auge verlieren, dass die in die Gebühren einkalkulierten Finanzierungskosten zwar wieder hereinkommen, aber letztendlich sind es unsere Bürgerinnen und Bürger und Betriebe, die das zwangsweise über die Abwassergebühren bezahlen müssen. Und weniger Schulden beim Abwasser bedeuten dann eben auch weniger Kosten für unsere Einwohner und Betriebe.

Die Personalkosten sind natürlich neben den Investitionen der größte Kostenfaktor.

Dies ist aber angesichts der Aufgaben die wir haben und der Dienste und Leistungen, die wir erbringen und anbieten nicht verwunderlich.

Und wir sind uns auch bewusst, dass gute Arbeit anständig bezahlt werden muss.

Bei der Gelegenheit möchte sich die SPD-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit bedanken.

Wir sehen bei den Personalkosten auch keinen Spielraum für Einsparungen. Von pauschalen Kürzungsanträgen halten wir schon gar nichts. Dies würde nur zu mehr Stress und Druck auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen. Das wollen wir nicht.

Wer konkrete Vorschläge hat, soll diese auf den Tisch legen. Wir sind gesprächsbereit. In Verwaltungen schleicht sich ja manchmal auch Leerlauf und Bürokratie ein, und es können bei einer Überprüfung von Abläufen Zeit, vielleicht auch Stellen, gespart werden.

Die Verwaltung hat auf Wunsch der CDU eine Liste von Freiwilligkeitsleistungen vorgelegt und dem Gemeinderat jetzt die Streichungsvorschläge überlassen. Ich darf für die SPD-Fraktion sagen: Wir können damit nichts anfangen und sehen keine Einsparmöglichkeiten. Gleichwohl gilt auch hier: Bei konkreten Vorschlägen und guten Argumenten sind wir gesprächsbereit.

Wir tragen ausdrücklich auch die im Haushalt enthaltenen neuen Stellen mit, insbesondere im Bürgerbüro und im Bauamt. Wir hoffen, dass damit im Bauamt die von uns mehrfach angesprochene Beschleunigung stattfindet.

Wir haben darüber hinaus weitere Stellen beantragt:

Es geht um zwei Stellen für den Bereich Grünpflege. Hier sehen wir Handlungsbedarf. Wir geben viel Geld für Anlagen aus, also müssen wir auch für eine anständige Pflege und für Sauberkeit sorgen.

Weiter halten wir eine Stellenausweitung im Bereich der Schulsozialarbeit für notwendig. In den Schulen gibt es immer häufiger Konfliktsituationen, die einer fachkundigen Beratung und Hilfe bedürfen. Auch die Ganztagesbetriebe bedürfen zunehmend der Mitarbeit von Schulsozialarbeitern.

Der solide Haushalt beruht natürlich auf der guten Einnahmesituation. D.h., Steuereinnahmen sind in einer erfreulichen Höhe gegeben bzw. zu erwarten.

Die Anteile an der Einkommensteuer und die Grundsteuer sind stabil.

Für eine Erhöhung der Grundsteuer gibt es angesichts der aktuellen Haushaltssituation keine Notwendigkeit. Die derzeit beratenen Erhöhungen der Vergnügungs- und der Hundesteuer, die wir eher in ihrer Lenkungsfunktion sehen, tragen wir uneingeschränkt mit.

Unsere gute finanzielle Lage beruht allerdings auf den Einnahmen aus Gewerbesteuer.

Für die SPD-Fraktion darf ich sagen: Wir wissen diesen Beitrag von Handel, Gewerbe und Industrie, von den großen und den kleinen Betrieben und Unternehmen, zu schätzen.

Wir sind aber auch der Meinung, dass dort, wo gut verdient wird, der entscheidende Beitrag für das Gemeinwohl geleistet werden muss. Dieser Meinung waren wir im letzten Jahr, dieser Meinung sind wir unverändert und wir werden unsere Meinung auch im nächsten Jahr nicht ändern.

Gleichwohl haben wir dazu keinen Antrag gestellt.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben angekündigt, im nächsten Jahr über eine Erhöhung der Gewerbesteuer nachdenken zu wollen. Das dürfen Sie gerne tun. Sie dürfen aber nicht unterstellen, dass wir automatisch zustimmen werden. Insbesondere dann nicht, wenn bei der von Ihnen gewünschten Änderung der Kindergartengebühren unsere Vorstellungen nicht berücksichtigt werden.

Ich möchte noch auf einzelne Themen eingehen:

**Krautgässle:** Herr Oberbürgermeister, Sie haben im HH Planungsmittel für einen Neubau des Kindergartens Krautgässle vorgeschlagen. Das traf uns zugegebenermaßen überraschend, zumal wir uns ja darauf verständigt hatten, eingruppige Kindergärten zu schließen.

Nun ja, die Diskussion hat sich weiterentwickelt. Die Frage ist daher berechtigt, was wir mit diesem Standort machen. Einen neuen Kindergarten an dieser Stelle können wir uns durchaus vorstellen.

Allerdings wollen wir geprüft haben, welchen Einzugsbereich dieser Kiga hat, welcher Bedarf in der Kernstadt in Zukunft besteht und wo dieser Bedarf ggfs. konkret besteht. Da Krautgässle über 3-gruppig hinaus wohl nicht vergrößert werden kann, muss klar sein, wo ggfs. weiterer Bedarf abgedeckt werden kann und ob es nicht bereits jetzt sinnvoll wäre, eine Standortalternative für z.B. einen 5-gruppigen neuen Kindergarten zu suchen.

**Gebühren für Kindertagesstätten und Betreuungseinrichtungen:**

Wir halten nach wie vor Gebührenfreiheit für richtig. Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. So wie es kein Schulgeld gibt, sollte es auch keine Gebühren für die vorschulische Betreuung geben. Es handelt sich ja nicht nur um eine Kinderaufbewahrung, sondern letztendlich um vorschulische Bildung, ohne die ein erfolgreicher Start in der Schule beinahe nicht mehr denkbar ist.

Wir wollen aber realistisch bleiben.

Wir legen Wert auf die Feststellung, dass die Haushaltslage in Waiblingen eine Mehreinnahme an Gebühren für die Kinderbetreuung nicht erforderlich macht. Geldbedarf ist für uns ohnehin keine Begründung, um gerade bei diesen Gebühren an der Gebührenschaube zu drehen. Inso-

fern spielen für uns der Landesrichtsatz und der aktuelle Kosten- deckungsgrad keine Rolle.

Auch aus der aktuellen Tarifierhöhung erwächst für uns nicht zwingend die Notwendigkeit einer Gebührenanpassung. Auch für das Personal in anderen Bereichen gibt es Tarifierhöhungen, ohne dass wir deswegen sofort Gebühren und Steuern erhöhen.

Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, dass wir eine spürbare Erleichterung vor allem der unteren Einkommensbezieher wollen. Gerade dort, wo wenig verdient wird und es ohnehin finanziell eng hergeht, wollen wir eine deutliche Verbesserung für Familien und Alleinerziehende. Und das können wir uns auch leisten.

Die von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, vorgeschlagene Zusammenlegung der ersten beiden Einkommensgruppen ist ungerecht und ist für uns völlig unvorstellbar.

**Um klare Verhältnisse zu schaffen:** Wir wollen für die erste Einkommensgruppe bis 25.000 € Jahresbruttoeinkommen einen Wegfall der Gebühren. Nochmals: das können wir uns leisten und es hilft den untersten Einkommensbezieher mit Kindern enorm. Der Kampf gegen Kinderarmut und der Lobgesang auf die Kinder, die unsere Zukunft sind, dürfen nicht immer nur schöne Worte sein.

Im Übrigen sollen die Gebühren fair und gerecht am Einkommen orientiert erhoben werden. Da sind wir für Vorschläge offen.

**Baukindergeld:** Das Baukindergeld haben wir als reine Verkaufsfördermaßnahme eingeführt aus Sorge, wir könnten unsere Bauplätze nicht verkaufen und würden gegenüber den Umlandkommunen ins Hintertreffen geraten. Dies ist angesichts der heutigen Lage auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr erforderlich.

**Wohnraum und Baugebiete:** Die Nachfrage nach Bauland, nach Wohneigentum und vor allem nach Mietwohnungen ist ungebrochen hoch. Vor allem fehlt es an preisgünstigem Mietwohnraum. Wir werden die Situation mit kommunalen Mitteln nicht grundlegend und nicht kurzfristig ändern können.

Aber wir müssen mehr als seither darüber nachdenken, was wir tun können, worin unser Beitrag bestehen kann.

Der jüngst erfolgte Verkauf verschiedener städtischer Grundstücke mit der verpflichtenden Auflage, preisgünstigen Mietwohnraum mit Belegungsrechten für die Stadt zu schaffen, muss Beispiel für künftige Grundstücksverkäufe sein. Überall dort, wo wir Einflussmöglichkeiten haben, muss die Verpflichtung zur Schaffung von günstigen Mietwohnungen in größerem Umfang als bisher durchgesetzt werden.

Wir müssen aber feststellen, dass wir kaum noch Bauplätze haben. Daher muss mehr Bauland zur Verfügung gestellt werden. Ohne Neubau wird sich die Situation auf dem Markt nicht entspannen.

Wir wollen, dass kurzfristig alle Grundstücke auf den Tisch kommen, bei denen bereits Baurecht besteht. Wir haben in der Fraktion geklärt, dass wir offen diskutieren wollen und über jedes Grundstück neu nachdenken wollen.

Auch sollten wir jetzt über die Realisierung noch vorhandener Baugebiete diskutieren. Wir wären auch bereit, über ganz neue Möglichkeiten nachzudenken.

**Jugendfarm:** Wir freuen uns, dass die Jugendfarm jetzt doch langsam in die Gänge kommt. Wir gehen davon aus, dass die Umwidmung des Geländes auf dem Finkenberg in 2016 kommen wird. Wir fordern die Verwaltung auf, hier nachzufassen und Druck zu machen. Wir haben doch mit der Hangsicherung unsere Hausaufgaben gemacht.

Die Jugendfarm ist für uns ein interessantes und sinnvolles Projekt, dem mit Einführung der Ganztageschulen eine besondere Bedeutung zukommt.

Hierfür wollen wir für das Jahr 2016 einen Zusatzbetrag von 10.000 € bereitstellen.

**Bahnhöfe:** Wir freuen uns, dass eine Verbesserung der Bahnhofssituation angegangen wird. Wir stehen der bisher angedachten Umgestaltung positiv gegenüber. Es muss aber eine saubere Gesamtplanung erfolgen und dargestellt werden, was kurzfristig möglich ist.

Auch eine Neuregelung der Fahrradabstellmöglichkeiten muss in ein Gesamtkonzept eingearbeitet werden. Das muss für den Alltagsradfahrer praktikabel und einfach händelbar sein.

Auch der Biketower/das Radhaus muss in ein Gesamtkonzept einbettet sein. So ein Bauwerk kann schließlich nicht einfach versetzt werden.

Ich persönlich stehe diesem Radhaus positiv gegenüber. Wenn man so etwas im Rahmen eines Modellprojekts bekommen kann, sollte man zugreifen. Ich sehe das als Aushängeschild für Waiblingen.

Ein Anliegen ist für uns auch, dass man sich über den Bahnhof Neustadt/Hohenacker konkrete Gedanken macht. Da sehen wir in Bezug auf Sauberkeit, Sicherheit und Benutzerfreundlichkeit durchaus Handlungsbedarf.

**Windkraft:** Sie kennen unsere Haltung zur Windkraft. Wir wären froh, wenn wir auf den Ratschlag unseres leider nicht mehr unter uns weilenden Vor- und Querdenkers Hermann Scheer zurückgreifen könnten. Aber wir sind sicher, dass wir auch sein Vermächtnis aufgreifen, wenn wir sagen, dass jetzt die Windverhältnisse auf der Buocher Höhe geklärt werden sollen.

Wir wollen die dafür erforderlichen Mittel jetzt bereitstellen, auch wenn die Realisierung noch nicht gesichert ist.

Atomausstieg, Energiewende, Reduktion des CO<sup>2</sup>-Ausstoßes und der Stopp der Erderwärmung kommen nicht von alleine. Wir wollen deutlich machen, dass wir auf regenerative Energiegewinnung auch auf lokaler Ebene setzen und vor Hindernissen nicht sofort einknicken.

**Asyl:** Die Attentate von Paris haben uns wieder mal deutlich vor Augen geführt, wie verletzlich wir sind, und dass wir nicht auf einer Insel der Seligen leben.

Es ist unfassbar, wie junge Menschen zu solchen sinnlosen und grausamen Verbrechen werden können. Zu so einem Verhalten wird keiner geboren, dazu muss der Boden bereitet werden.

Für viele der Flüchtlinge, die derzeit zu uns kommen, waren solche Attentate Alltag.

Kürzlich hat ein Leserbriefschreiber gemeint, der deutsche Michel zahle das alles. Ich meine, solche Michels sollten lernen, den Realitäten der Welt ins Auge zu sehen. Wir können uns vor den Problemen der Welt nicht wegducken. Wir wollen Ursachen in den Herkunftsländern beheben, Außengrenzen sichern, Abschrecken, Zurückschicken. Da bin ich wenig zuversichtlich.

Europa, unsere große Hoffnung, stimmt mich derzeit traurig. Nationalismus, Separationsbestrebungen, Fundamentalismus, Ausgrenzung, Rassismus und Autoritätsgläubigkeit sind auf dem Vormarsch und greifen nach der Macht. Es ist mir ein Rätsel, wie wir so global bestehen wollen.

Wir müssen mit vielen Widersprüchen umgehen:

Wir wollen Durchmischung (so der OB) und Integration. Das heißt doch Bildung, Wohnraum, Arbeit.

Die Bemühungen unserer großen Politik drehen sich aber um Abschottung, Rückführung, Zurückweisung, Familiennachzug unterbinden.

Wir haben ein individuelles Grundrecht auf Asyl.

Das Bestreben geht aber dahin, möglichst viele davon abzuhalten, dieses Recht überhaupt in Anspruch zu nehmen, Außengrenzen abdichten.

Die Verhältnisse in den Herkunftsländern wollen wir verbessern. Ich sehe keine Marshallpläne, ich sehe eher, dass wir in Afrika korrupte Diktatoren schmieren, damit sie ihre Flüchtlinge wieder zurück nehmen.

Wir leben auf Kosten der Welt, wollen billige Rohstoffe und billige Dienstleistungen. Wollen aber von unserem Reichtum nichts abgeben.

Ich bin froh, dass wir es in Waiblingen geschafft haben, anständig mit den Leuten umzugehen, die zu uns gekommen sind. Ich danke allen, die dabei mithelfen und sich engagieren. Ich bitte darum, dass sie am Ball bleiben. Und ich fordere von der Verwaltung, dazu jegliche Hilfe und Unterstützung zu leisten, auch wenn wir dazu nicht verpflichtet sind.

Wir haben dazu keine Mittel beantragt, weil das alleine nichts nützt. Wenn wir helfen wollen, wenn die Verwaltung helfen will, können wir auch ohne Haushaltsstellen die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Nur wenn wir unermüdlich für ein friedliches Miteinander werben und eintreten, können wir letztendlich auch denen den Boden entziehen, die Hass und Gewalt säen wollen.

Ich danke Ihnen.